

Pensionsreform: Ab Juni 2025 höhere Beiträge für Senioren in Österreich!

Ab 1. Juni 2025 steigen die Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten in Österreich, was jährliche Mehrkosten verursacht.



Österreich - Ab dem 1. Juni 2025 müssen Pensionisten in Österreich mit einer deutlichen Erhöhung ihrer Krankenversicherungsbeiträge rechnen. Diese steigen von derzeit 5,1 % auf 6 %. Finanzminister Markus Marterbauer hat diese Anpassung im Rahmen von Sparmaßnahmen angekündigt, die vielerorts für finanzielle Entlastungen im Gesundheitssektor sorgen sollen. Für viele Senioren, deren monatliche Pensionen 1.500 Euro oder mehr betragen, wird dies zu Mehrkosten von mehreren hundert Euro pro Jahr führen. Beispielsweise bedeutet dies für eine Brutto-Pension von 1.500 Euro eine monatliche Reduzierung von etwa 14 Euro, was sich auf 187 Euro jährlich summiert. Bei einer Brutto-Pension von 2.000 Euro beträgt die jährliche Minderbelastung rund 163 Euro, wie **5min.at** berichtet.

Die Erhöhung der KV-Beiträge wird als Teil eines umfassenden Reformpakets betrachtet, das auch Änderungen in anderen Bereichen beinhaltet. So wird eine neue e-card-Gebühr von 25 Euro ab November 2026 für Pensionisten fällig. Zudem sollen die Rezeptgebühren im Jahr 2026 eingefroren werden, und es wird eine Obergrenze für Arzneimittelpreise eingeführt. Gleichzeitig sollen Reformen in der Pensionslandschaft stattfinden, darunter die Ausweitung der Schwerarbeitsregelungen sowie Neuregelungen für Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen.

Umfassende Pensionsreform

Die kommenden Änderungen sind Teil der größten Pensionsreform in Österreich seit 20 Jahren. Diese Reform, die von der Dreierkoalition (ÖVP, NEOS, ohne SPÖ) initiiert wurde, muss dringend umgesetzt werden, denn die demografische Entwicklung stellt das bestehende Pensionssystem zunehmend in Frage. Aktuell gibt es rund 2,5 Millionen Pensionisten in Österreich. Prognosen zeigen, dass diese Zahl bis 2045 auf 3,25 Millionen ansteigen könnte. Finanzierungsprobleme sind vorprogrammiert, da das Umlageverfahren nicht mehr ausreicht und jährliche Zuschüsse von etwa 30 Milliarden Euro erforderlich sind, um das Pensionssystem stabil zu halten, wie **kosmo.at** erklärt.

Zu den Reformmaßnahmen gehört auch die Anhebung des Pensionsantrittsalters für die Korridorpension, das früheste Antrittsalter wird von 62 auf 63 Jahre verschoben, und die erforderlichen Versicherungsjahre erhöhen sich von 40 auf 42. Diese Änderungen treten ab dem 1. Januar 2026 in Kraft. Die Teilpension, eine Neuerung, die ab 2026 auch eingeführt wird, ermöglicht zahlreichen Frühpensionären, ihre Altersrente mit einem Teilzeitarbeitsverhältnis zu kombinieren.

Finanzielle Belastung für Pensionisten

Die geplanten Änderungen bringen viele Herausforderungen für

Pensionisten mit sich. Trotz geplanter Ausgleichszahlungen und einer geplanten Höchstgrenze für Arzneimittelkosten warnen Sozialverbände und Seniorenvertretungen vor den finanziellen Belastungen, die vor allem die Bezieher niedrigerer und mittlerer Pensionen treffen werden. Auch die anstehenden Beitragserhöhungen für die Krankenversicherung sowie die Einführung der e-card-Gebühr schüren Sorgen um die finanzielle Sicherheit vieler älterer Menschen.

Zusammenfassend zeigen die angekündigten Reformen, dass die österreichische Regierung ein System benötigt, das sowohl tragfähig als auch nachhaltig ist. Der geplante gesetzliche Mechanismus zur langfristigen Absicherung des Pensionssystems soll dabei eine zentrale Rolle spielen, inklusive eines Monitorings zur Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern und möglichen Anpassungen der Beitragssätze und Anspruchsvoraussetzungen für Pensionisten, wie **5min.at** hervorhebt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Sparmaßnahmen
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • www.kosmo.at • www.5min.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at